Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1766
18.03.2022

Unterausschuss Bergbausicherheit

18. Sitzung (öffentlich)

18. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Frank Sundermann (SPD)

Protokoll: Hans Georg Schröder

Verhandlungspunkte:

1 Meinungsaustausch mit dem Ausschuss für Grubensicherheit und Nachbergbau Saar 3

2 Unfälle im Bergbau 3

Bericht der Landesregierung

3 Arbeit der Schlichtungsstellen Bergschaden Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021 3

Bericht des Bereichs Steinkohle

Bericht des Bereichs Braunkohle

4 Monitoring zum Grubenwasseranstieg in NRW aus Sicht der Wasserwirtschaft 3

Vorlage 17/6494

Vorlage 17/6611

5 Gefahr bei Starkregen für Tagebaue: Wann und wie stellt die Landesregierung die Untersuchung des individuellen Risikopotenzials für unter Bergaufsicht stehende Betriebe und Flächen fertig? 3

Vorlage 17/6190

Vorlage 17/6460

6 Aktuelle Situation der Feinstaub-, Grobstaub- und Lärmimmissions-messungen in der Braunkohle 4

Vorlage 17/6610

Zu dem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortmeldungen.

7 Hochwasserrisiken in von Bergsenkungen betroffenen Gebieten 4

Vorlage 17/6606

Zu dem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortmeldungen.

8 Rahmenbetriebsplanverfahren der Firma K+S in Rheinberg-Borth – Vorstellung der Abbaubetriebspläne und des weiteren Verfahrens 4

Vorlage 17/6609

9 Sachstandsbericht zur Flurabstandsprognose 4

Vorlage 17/6615

10 Verschiedenes 4

* * *

1 Meinungsaustausch mit dem Ausschuss für Grubensicherheit und Nachbergbau Saar

Die Vorsitzenden der beiden Ausschüsse, **Eugen Roth (Saarland)** und **Frank Sundermann (Nordrhein-Westfalen)** führen in den Tagesordnungspunkt ein. Es folgt eine Präsentation durch Werner Grigo (RAG) zu den Grubenwasserkonzepten und zum Integralen Monitoring im Saarland und Nordrhein-Westfalen (Anlage 1). Es schließt sich eine Beratung sowie die Beantwortung von Nachfragen an.

2 Unfälle im Bergbau

Bericht der Landesregierung

Andreas Welz (BezReg) berichtet mittels PowerPoint (Anlage 2) über den tödlichen Unfall im Tagebau Inden, der sich im Zusammenhang mit dem Hochwasserereignis im Sommer 2021 zugetragen hatte und über den in der 16. Sitzung bereits berichtet worden war und zu einem Unfall im Tagebau Garzweiler mit mehreren Verletzten.

3 Arbeit der Schlichtungsstellen Bergschaden Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021

Bericht des Bereichs Steinkohle

Bericht des Bereichs Braunkohle

Die Berichte über die Arbeit der beiden Schlichtungsstellen im Jahr 2021 werden von Jochem von der Heide für den Bereich Steinkohle sowie Arno Bormann für den Bereich Braunkohle erstattet. Die gezeigten PowerPoint-Präsentationen sind als Anlagen 3 und 4 beigefügt.

4 Monitoring zum Grubenwasseranstieg in NRW aus Sicht der Wasserwirtschaft

Vorlage 17/6494

Vorlage 17/6611

Die beiden Vorlagen werden diskutiert. Nachfragen werden beantwortet.

5 Gefahr bei Starkregen für Tagebaue: Wann und wie stellt die Landesregierung die Untersuchung des individuellen Risikopotenzials für unter Bergaufsicht stehende Betriebe und Flächen fertig?

Vorlage 17/6190

Vorlage 17/6460

Nachfragen von Abgeordneten zu den beiden Vorlagen werden von **Ulrich Kaiser (MWIDE)** und **Dr. Sibylle Pawlowski (MULNV)** beantwortet.

6 Aktuelle Situation der Feinstaub-, Grobstaub- und Lärmimmissionsmessungen in der Braunkohle

Vorlage 17/6610

Zu dem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortmeldungen.

7 Hochwasserrisiken in von Bergsenkungen betroffenen Gebieten

Vorlage 17/6606

Zu dem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortmeldungen.

8 Rahmenbetriebsplanverfahren der Firma K+S in Rheinberg-Borth – Vorstellung der Abbaubetriebspläne und des weiteren Verfahrens

Vorlage 17/6609

Zu der Vorlage 17/6609 gibt es Nachfragen, die von **Andreas Welz (BezReg)** mit Hilfe einer PowerPoint (Anlage 5) und **Phillip Fest (MWIDE)** beantwortet.

9 Sachstandsbericht zur Flurabstandsprognose

Vorlage 17/6615

Es gibt mehrere Nachfragen zur Vorlage 17/6615. **Dr. Sibylle Pawlowski (MULNV)** antwortet und kündigt einen schriftlichen Nachbericht an.

10 Verschiedenes

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit im Unterausschuss in der 17. Wahlperiode und die gute Zusammenarbeit.

gez. Frank Sundermann
Vorsitzender

5 Anlagen
06.04.2022/11.04.2022
10

Sicher, transparent und partizipativ

Grubenwasserkonzept & Integrales Monitoring

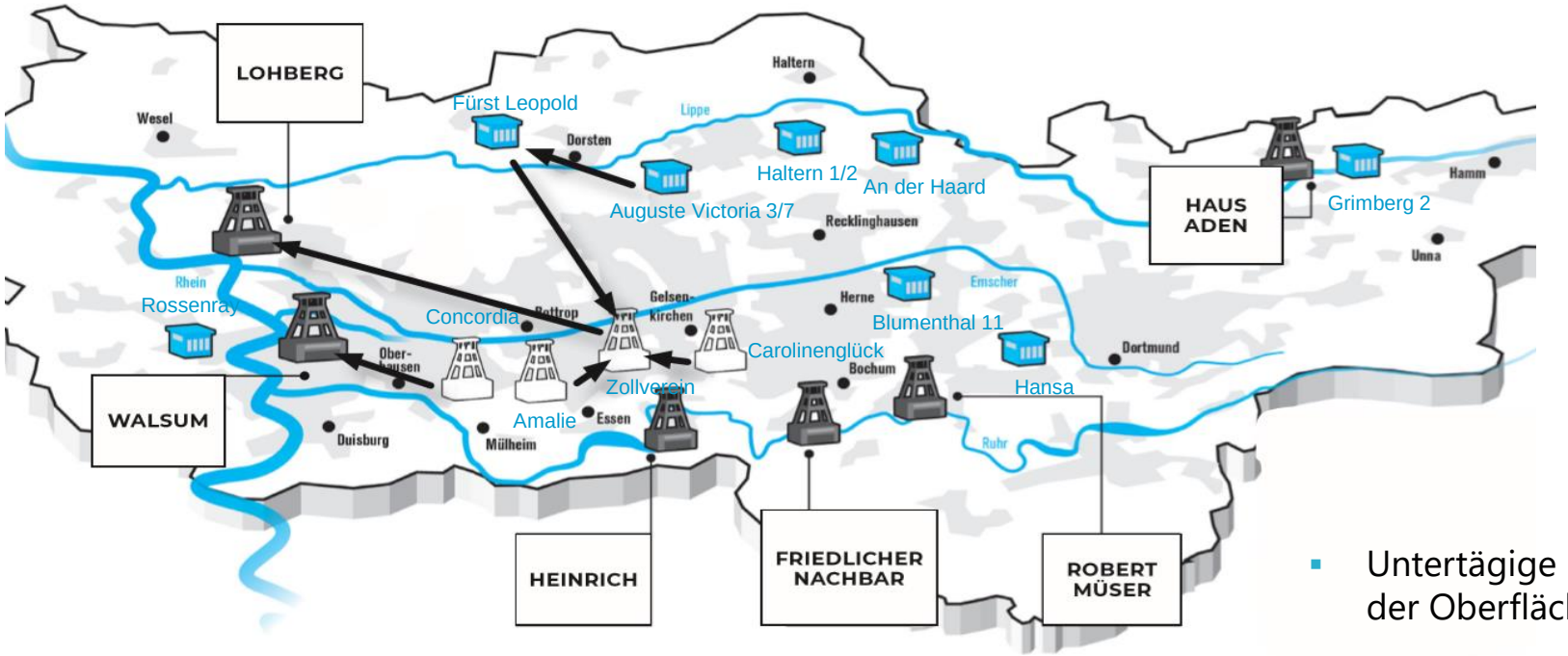
Gemeinsame Sitzung:

Unterausschuss Bergbausicherheit NRW

Ausschuss für Grubensicherheit u. Nachbergbau Saar

Wasserhaltung: 2 Bundesländer – 3 Reviere

Trinkwasserschutz sowie Ansatz und Vorgehen sind einheitliche Vorgaben der Konzepte



Ruhrgebiet

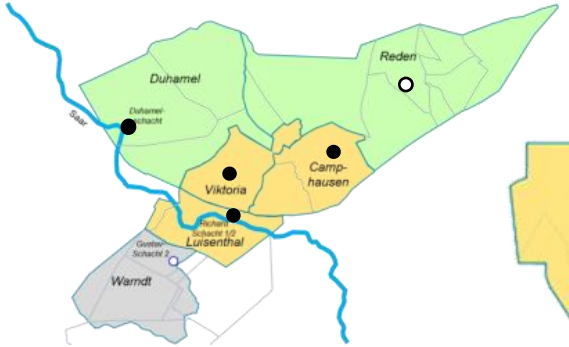
Ibbenbüren

Saarland

- Untertägige Durchleitung von Grubenwasser zur Entlastung der Oberflächengewässer
- Reduzierung auf 11 aktive Wasserhaltungsstandorte im Ruhrgebiet, im Saarland und in Ibbenbüren
- Umbau dieser Standorte auf Brunnenbetriebe
- Umbau von Standorten auf Sicherungs-brunnen/-betriebe dadurch jederzeit Zugriff auf das Grubenwasserniveau
- Sichern der Flächen für Wasserhaltung, Ableitung und ggf. erforderliche Grubenwasserbehandlung

Drei regionale Grubenwasserkonzepte

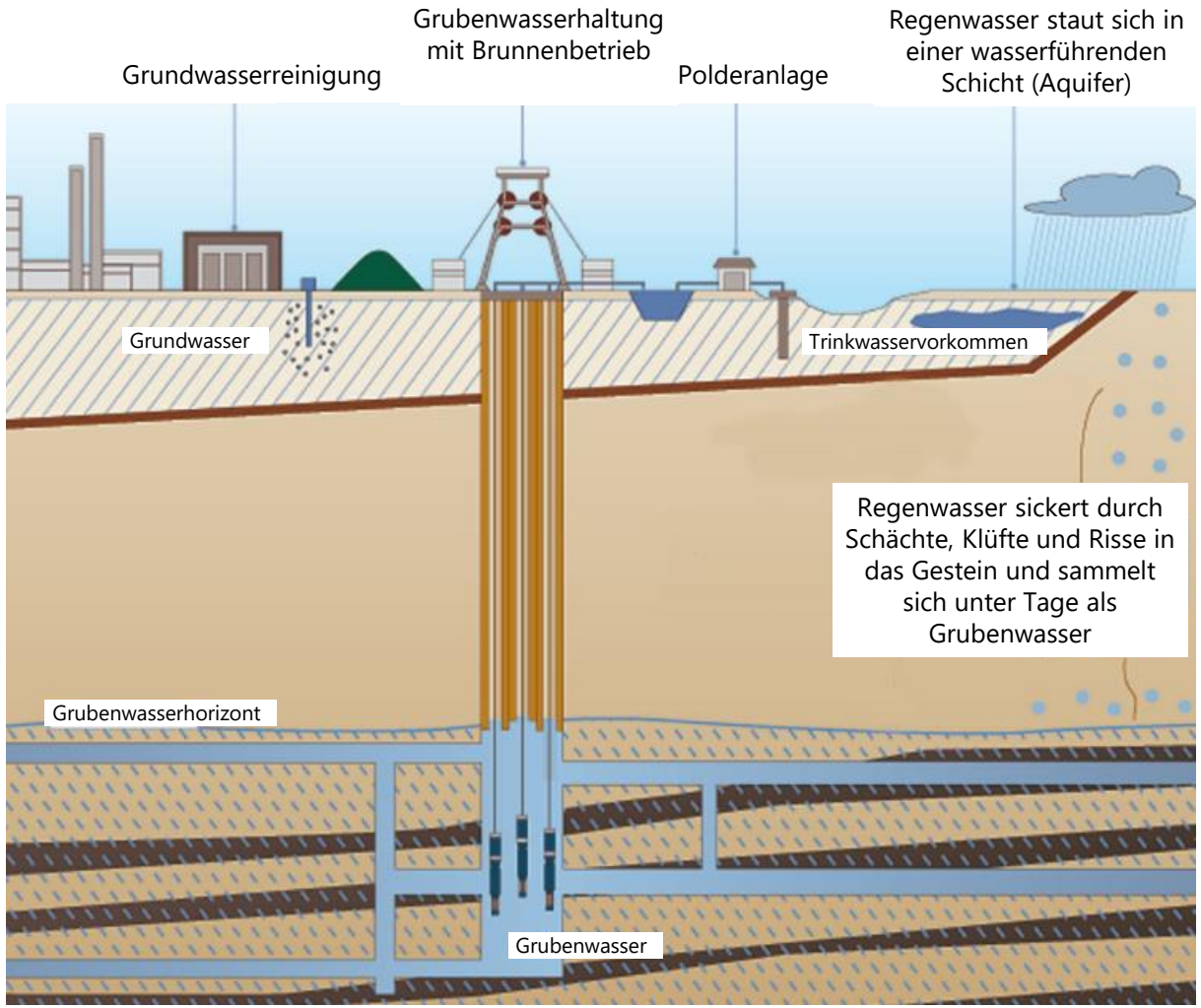
Kennzahlen zum Vergleich



	Saarland	Ruhrgebiet	Ibbenbüren
Letztes Bergwerk stillgelegt	2012	2018	2018
Aktive Wasserhaltung	5	8	0
Plan Wasserhaltungen	4	6	(1)
Minimale Hubhöhe	400 m	250 m	0 m
Bereiche ohne Wasserhaltung	Warndt	z.B. Königsborn	Westfeld
Sicherungsstandorte	✓	✓	✓
Wassermenge 2021	17,6 Mio. m^3	51,6 Mio. m^3	2,7 Mio. m^3

Grubenwasser

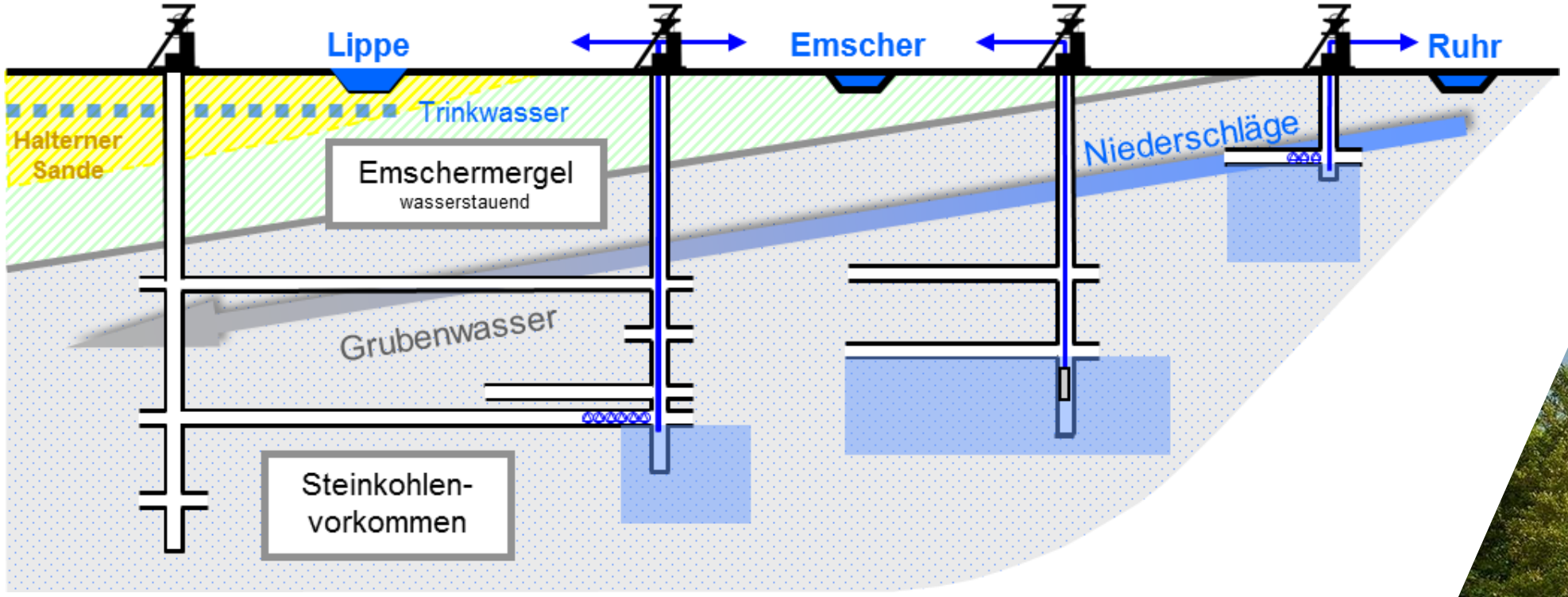
Der Schutz des Trinkwassers besitzt höchste Priorität



- Bei Grubenwasser handelt es sich um Regenwasser, das entlang von Gesteins-schichten und Klüften in den Boden sickert.
- Dabei löst das Regenwasser im Gestein vorhandene Mineralien.
- Damit sich das mineralisierte Wasser nicht mit dem Trinkwasser vermischt, reguliert RAG das Grubenwasserniveau.
- Überall dort, wo die RAG Grubenwasser fördert und in Flüsse einleitet, erfüllt sie höchste rechtliche Anforderungen. Nur wenn sich Risiken ausschließen lassen, erhält sie hierfür die erforderlichen Genehmigungen.

Ruhrgebiet

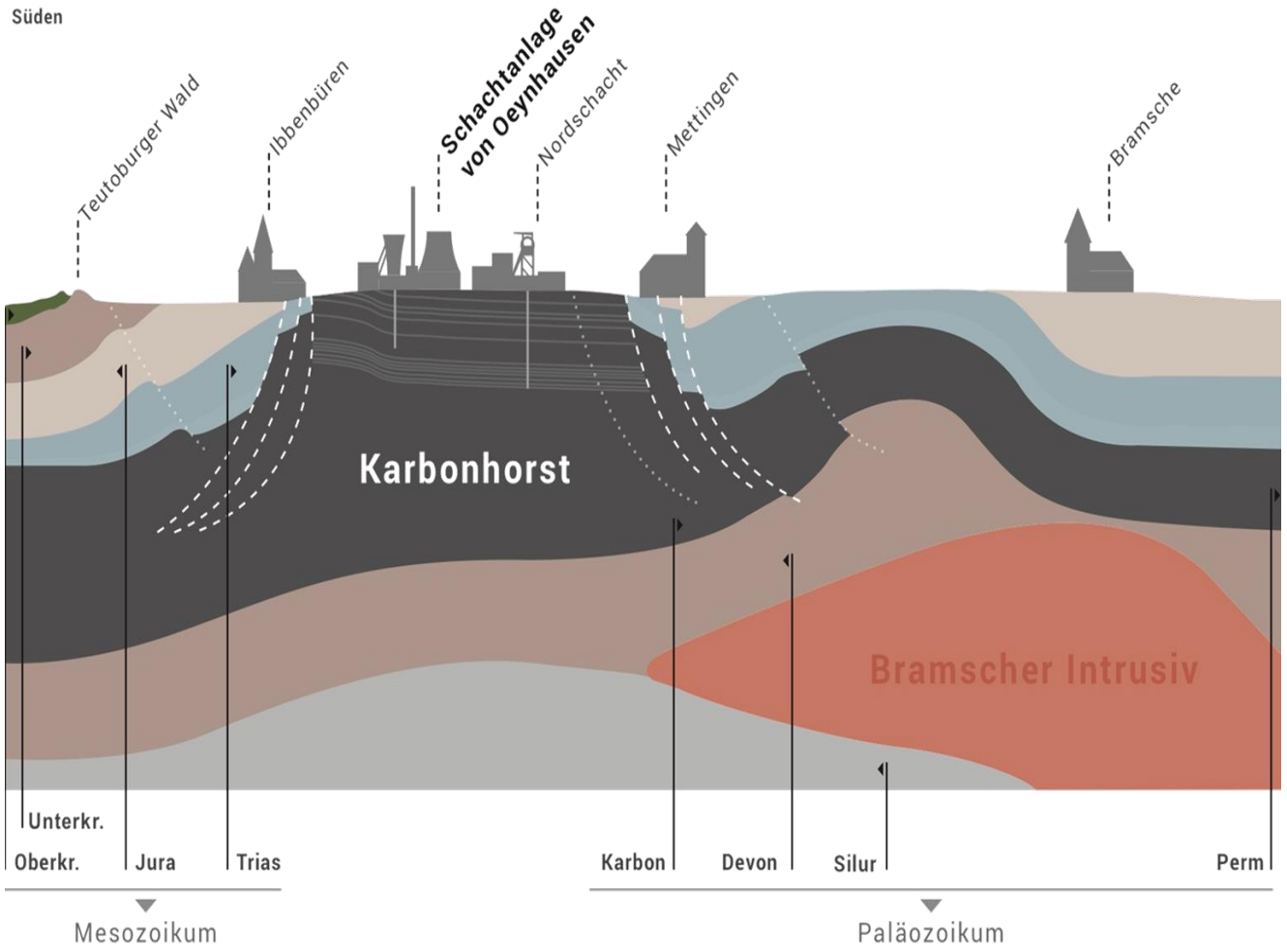
Großräumige Erstreckung, sehr unterschiedliche Geologie, flache Topographie
Wesentliche Trinkwassergewinnung aus Halterner Sanden und Uferfiltrat

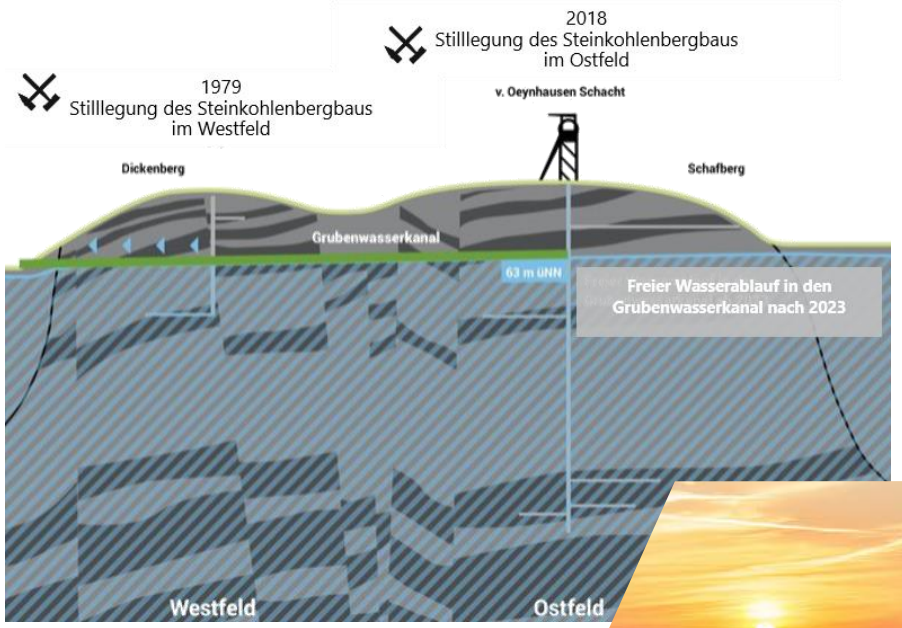


Wasserhaltung Heinrich
Essen (Ruhr)

Ibbenbüren

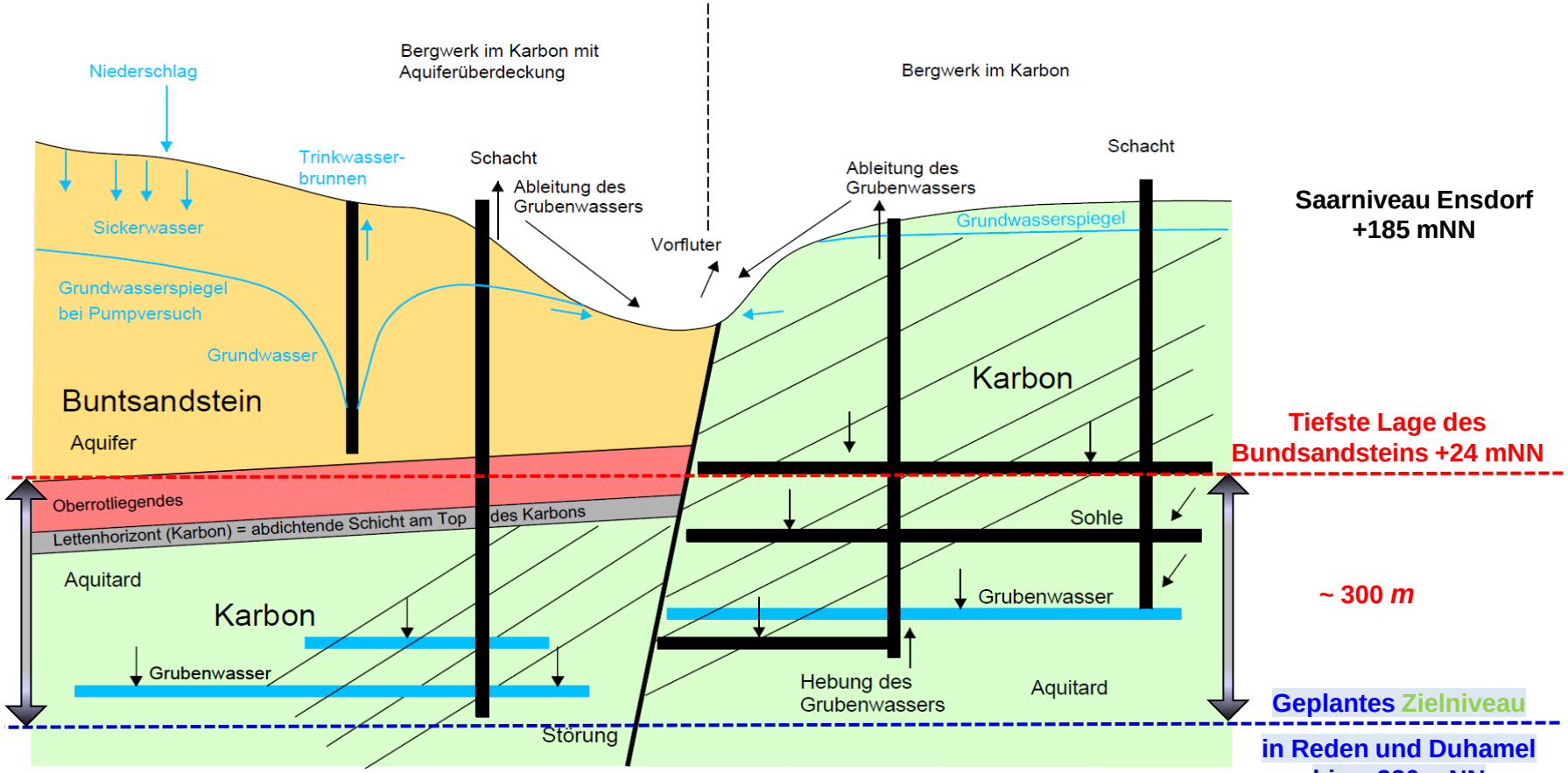
Sehr kleinräumige Lagerstätte durch Intrusiv rund 2000m angehoben
Keine Trinkwasservorkommen über der Lagerstätte





Saarland

Deutliche Topographie, Trinkwassergewinnung aus Buntsandstein



Saarniveau Ensdorf +185 mNN

Tiefste Lage des Bundsandsteins +24 mNN

~ 300 m

Geplantes Zielniveau in Reden und Duhamel bis – 320 mNN

Wasserhaltung Reden
Reden (Saar)

Landtag Nordrhein-Westfalen - 11 -

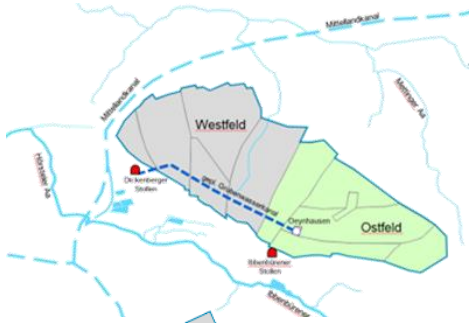
APr 17/1[illegible]
Anlage 1, Seite [illegible]

Grubenwasserkonzepte

Individualisierung auf Basis örtlicher Gegebenheiten gemeinsam mit den Stakeholdern

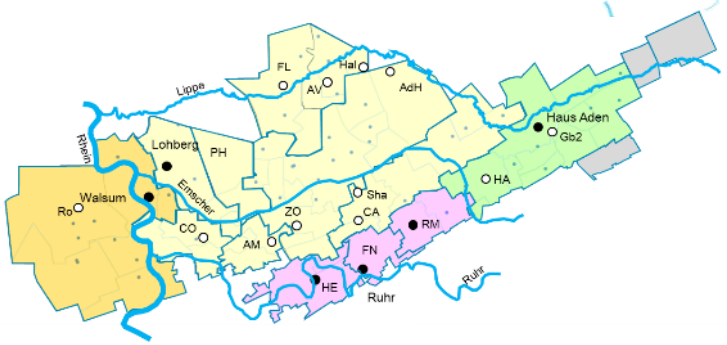
Region Ibbenbüren

- Drucklose Ableitung über Grubenwasserkanal
- Aufbereitungsanlage Gravenhorst (temporär Püsselbüren)
- Temporäre Wasserhaltung



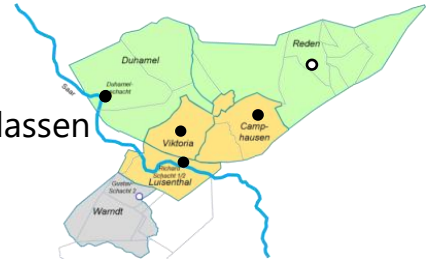
Region Ruhr

- Reduzierung auf 6 Pumpstandorte
- Aufbereitung auf Basis der Zulassungsverfahren möglich



Region Saar

- Reduzierung auf 4 Pumpstandorte zugelassen
- Aufbereitung Camphausen, Ensdorf

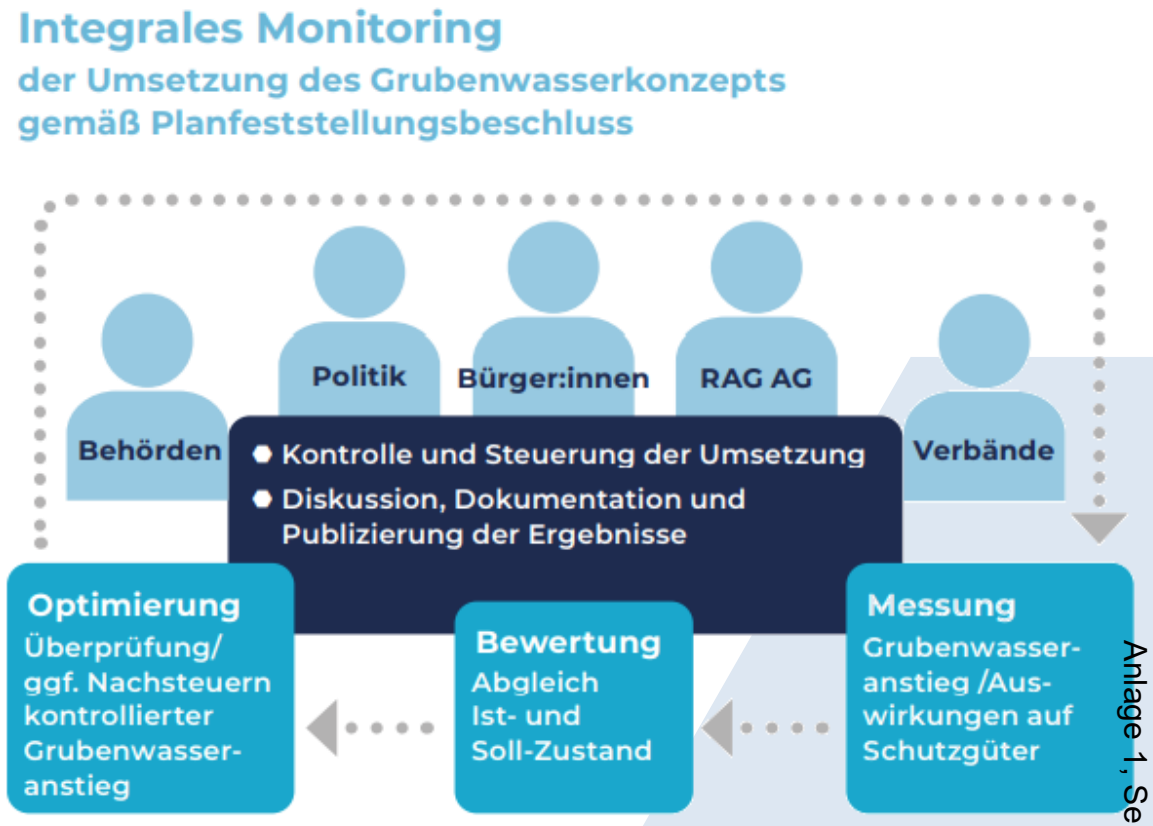


Wasserhaltung Walsum
Tauchmotorpumpe

Alle an einem Tisch

mögliche Interessensvertreter

- das Umweltministerium
- das Wirtschaftsministerium
- die Bergbehörde
- Wasser-/Umweltbehörden
- weitere Fachbehörden
- Städte und Gemeinden
- die Zweckverbände im Bereich der Wasserversorgung und Infrastrukturbetreiber
- Naturschutzorganisationen wie der BUND
- lokale und regionale Bürgerinitiativen sowie
- RAG als Verantwortlicher der Umsetzung des kontrollierten Grubenwasseranstiegs



Das Integrale Monitoring bindet alle relevanten Anspruchsgruppen ein

Umfangreich abgesichert

Datenerhebung im Integralen Monitoring.

Ausgasung	Wasser	Bodenbewegung
Migration/Freisetzung von Gasen (z. B. Methan)	Entwicklung der Grubenwasserstände	Hebungen und Senkungen an der Tagesoberfläche
Ausgasung ehemaliger Tagesöffnungen	Grubenwasserqualität und -mengen	Erderschütterungen
Naturgasaustrittsstellen	Auswirkungen auf Oberflächengewässer	Unstetigkeiten an der Tagesoberfläche
…	Auswirkungen auf den Grundwasserkörper	Standsicherheit alter Schächte
	…	…

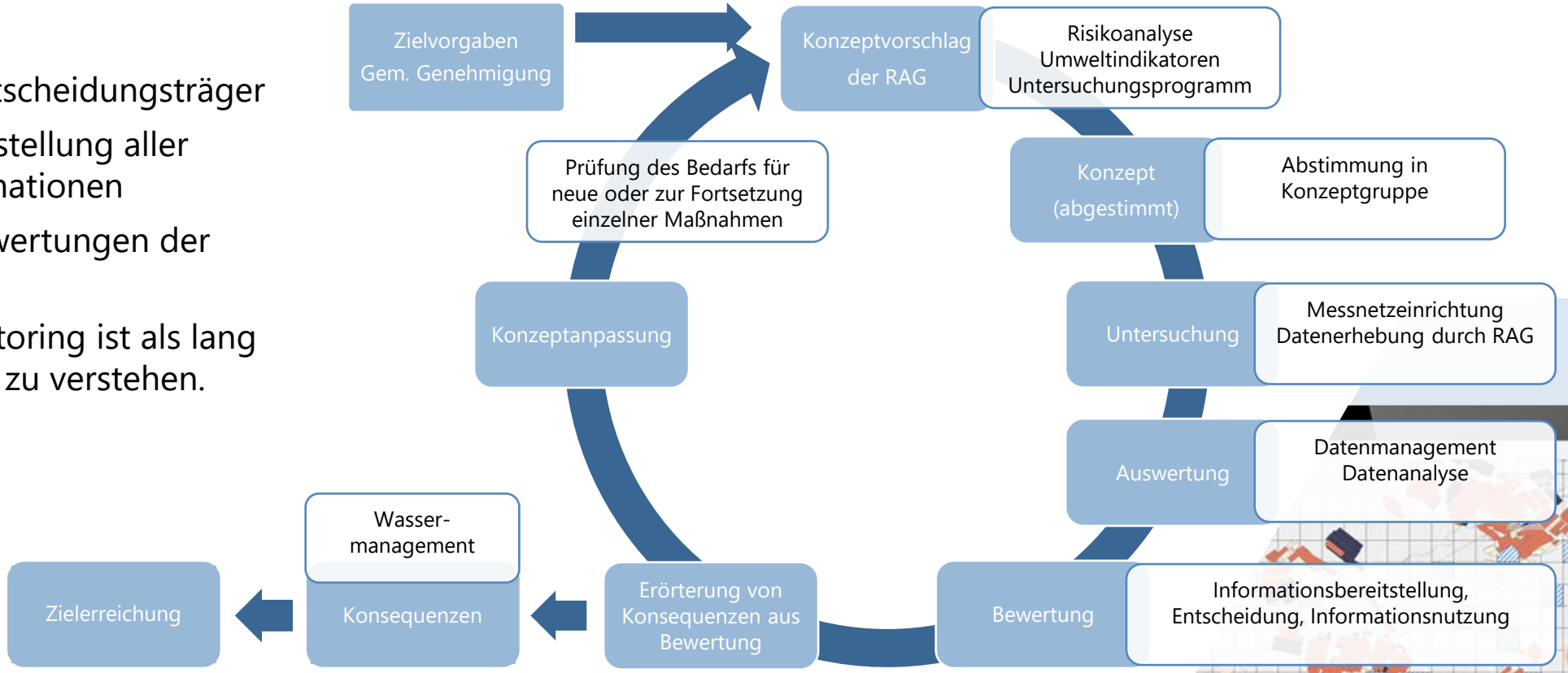
Bestehende und im Anhörungs- und Genehmigungsverfahren identifizierte Themen werden im Integralen Monitoring berücksichtigt.

Die erhobenen Daten, Ziel- und Alarmwerte werden mit den Teilnehmern des Integralen Monitorings diskutiert

Transparent und partizipativ

Das Integrale Monitoring bietet weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten

- Information der Entscheidungsträger
- transparente Bereitstellung aller zugehörigen Informationen
- Erörterung und Bewertungen der Ergebnisse
- Das Integrale Monitoring ist als lang angelegte Aufgabe zu verstehen.



Da der Monitoring-Prozess dynamisch verläuft, können im Laufe der Zeit die Aufgabenschwerpunkte und -umfänge angepasst werden.

Ausblick

Die nächsten Schritte

- vollständiger untertägiger Rückzug an den Standorten
- Umbau der Standorte zu Brunnenwasserhaltungen und Verfüllung der Schächte
- Bearbeitung und Umsetzung der Nebenbestimmungen
- Aufbau und Umsetzung des Integralen Monitorings

Das Integrale Monitoring begleitet den gesamten Anstiegsprozess und bietet die Basis für einen transparenten Diskurs

Landtag Nordrhein-Westfalen
- 16 -
APr 17/1766
Anlage 1, Seite 12

Glück auf!

RAG Aktiengesellschaft
Im Welterbe 10
45141 Essen

Telefon: +49 (201) 378-0
Telefax: +49 (201) 378-2020
E-Mail: post@rag.de

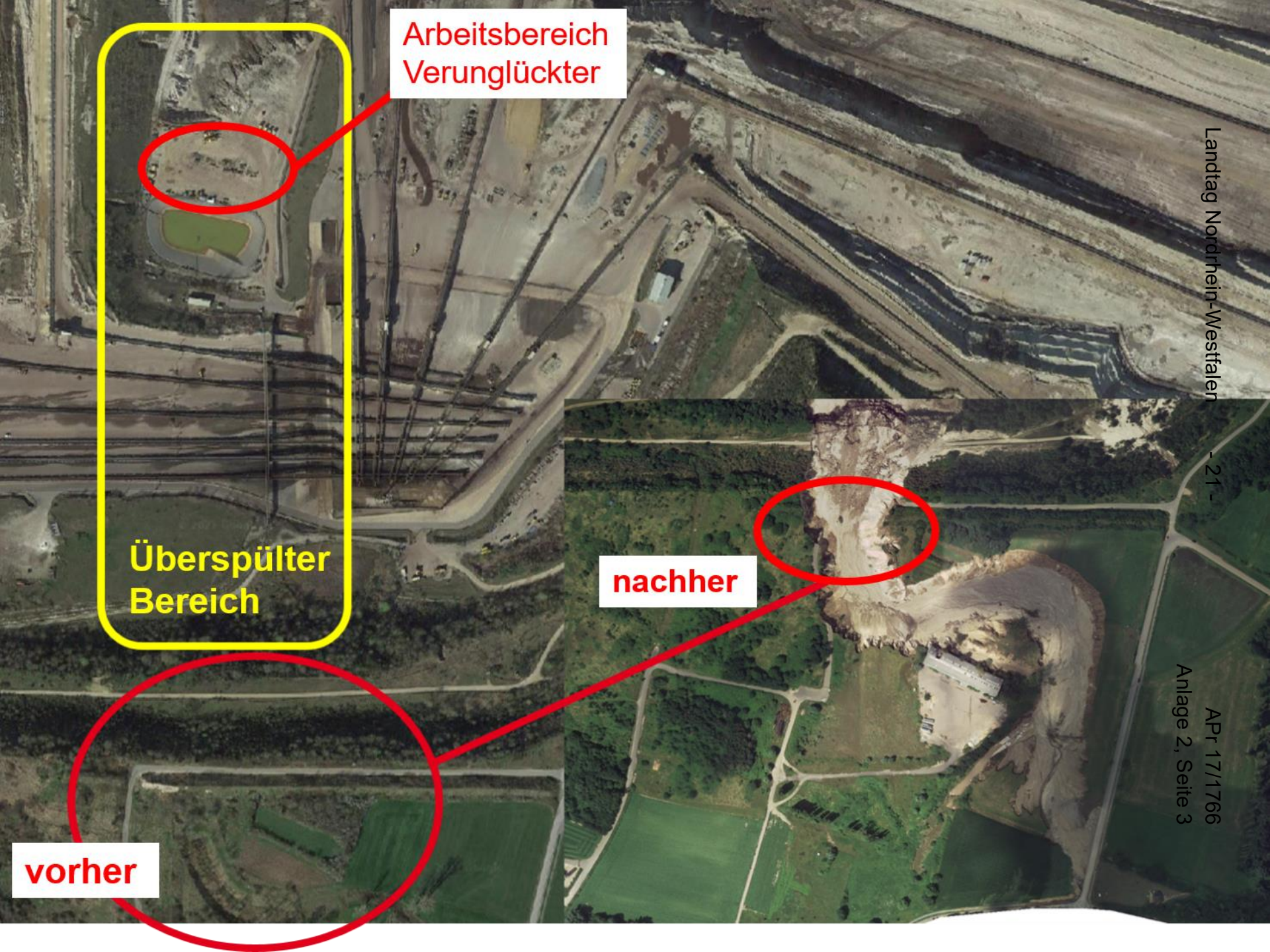
Bezirksregierung
Arnsberg

18. Sitzung des Unterausschuss Bergbausicherheit des Landtags NRW am 18.03.2022

TOP 2 – Unfälle im Bergbau

Tödlich verunglückter Partnerfirmenmitarbeiter anlässlich des Hochwasserereignisses im Tagebau Inden am 15.07.2022

- Der Verunglückte war 57 Jahre alt, verheiratet und Vater einer erwachsenen Tochter.
- Unfallursache war kein „klassischer“ Arbeitsunfall, sondern ein tragisches Unglück in Folge des Hochwassers der Inde am 15.07.2022.
- Der Verunglückte konnte sechs Tage nach dem Ereignis nach intensiver Suche nur noch tot geborgen werden.


Arbeitsbereich
Verunglückter
Überspülter
Bereich
nachher
vorher

Dynamische Entwicklung der Wassermengen in kürzester Zeit

Video 1 – Situation ca. 06:45 Uhr aufgenommen durch Verunglückten selbst.

Video 2 – Keine halbe Stunde später.

Bezirksregierung
Arnsberg

- Der verunglückte Mitarbeiter hat sich nicht wie die anderen Mitarbeiter auf der nahe gelegenen Böschung in Sicherheit gebracht, sondern auf einem Bandüberstieg.
- Sofort durchgeführte Rettungs-versuche durch die in der Nähe befindlichen Mitarbeiter waren erfolglos.
- Wenige Minuten später wurde der Bandüberstieg mit den Wasser-massen mitgerissen.

Ergebnisse der Untersuchungen:

- Aufruf zur Evakuierung erreichte den Verunglückten und weitere Mitarbeiter vor Ort rechtzeitig.
- Eine Aquaphobie (Angst vor Wasser) hinderte den Verunglückten vermutlich psychisch an seiner Flucht.
- Es konnten keine Versäumnisse festgestellt werden. Die Staatsanwaltschaft hat aufgrund eines mangelnden Anfangs-verdachts keine strafrechtlichen Ermittlungen eingeleitet.

Bezirksregierung
Arnsberg

18. Sitzung des Unterausschuss Bergbausicherheit des Landtags NRW am 18.03.2022

TOP 2 – Unfälle im Bergbau

Verkehrsunfall mit 5 Verletzten im Tagebau Garzweiler am 10.01.2022

- Ein mit fünf Personen besetztes Fahrzeug ist aus bisher ungeklärten Gründen von der unbefestigten Fahrbahn abgekommen, fiel eine etwa acht bis zehn Meter tiefe Böschung hinab, überschlug sich dabei und blieb schließlich auf dem Dach liegen.

- Die 5 Insassen mussten mit Rettungshubschraubern und Rettungswagen in umliegende Krankenhäuser gebracht werden, konnten diese zwischenzeitlich aber wieder verlassen.

- Die Mitarbeiter, welche sich in dem Fahrzeug befanden, sind Mitarbeiter einer Partnerfirma, die im Auftrag der RWE Power AG für die Sicherung des Werksgeländes und seiner Anlagen tätig ist.

Bezirksregierung
Arnsberg

Bezirksregierung
Arnsberg

10 Verkehrsunfall mit 5 Verletzten im Tagebau Garzweiler am 10.01.2022

Ergebnisse der Untersuchungen:

- Abschließende Aussagen zur Ursache des Unfalls sind gegenwärtig noch nicht möglich, zu hohe Geschwindigkeit und mangelnde Ortskenntnisse des Fahrers nicht auszuschließen.
- Die Ermittlungen der Bezirksregierung Arnsberg dauern noch an.

Sitzung des Unterausschuss „Bergbausicherheit“ am 18.03.2022 im Landtag NRW in Düsseldorf

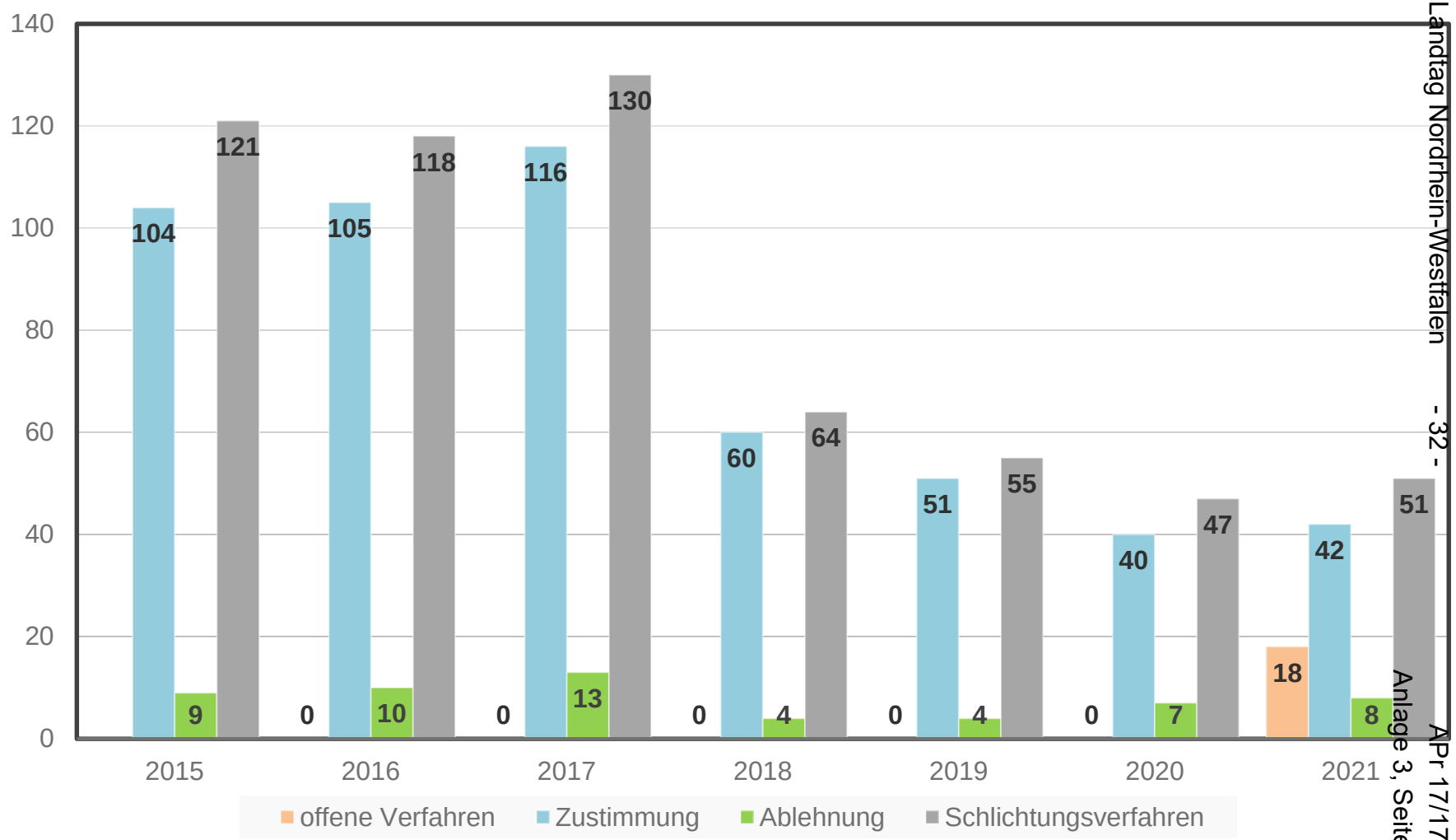
Bericht der Schlichtungsstelle Bergschaden NRW beim Regionalverband Ruhr über die Geschäftsjahre 2015 bis 2021

Vortragende:

Vorsitzender der Schlichtungsstelle Gero Debusmann
Leiter der Schlichtungsstelle Jochem von der Heide

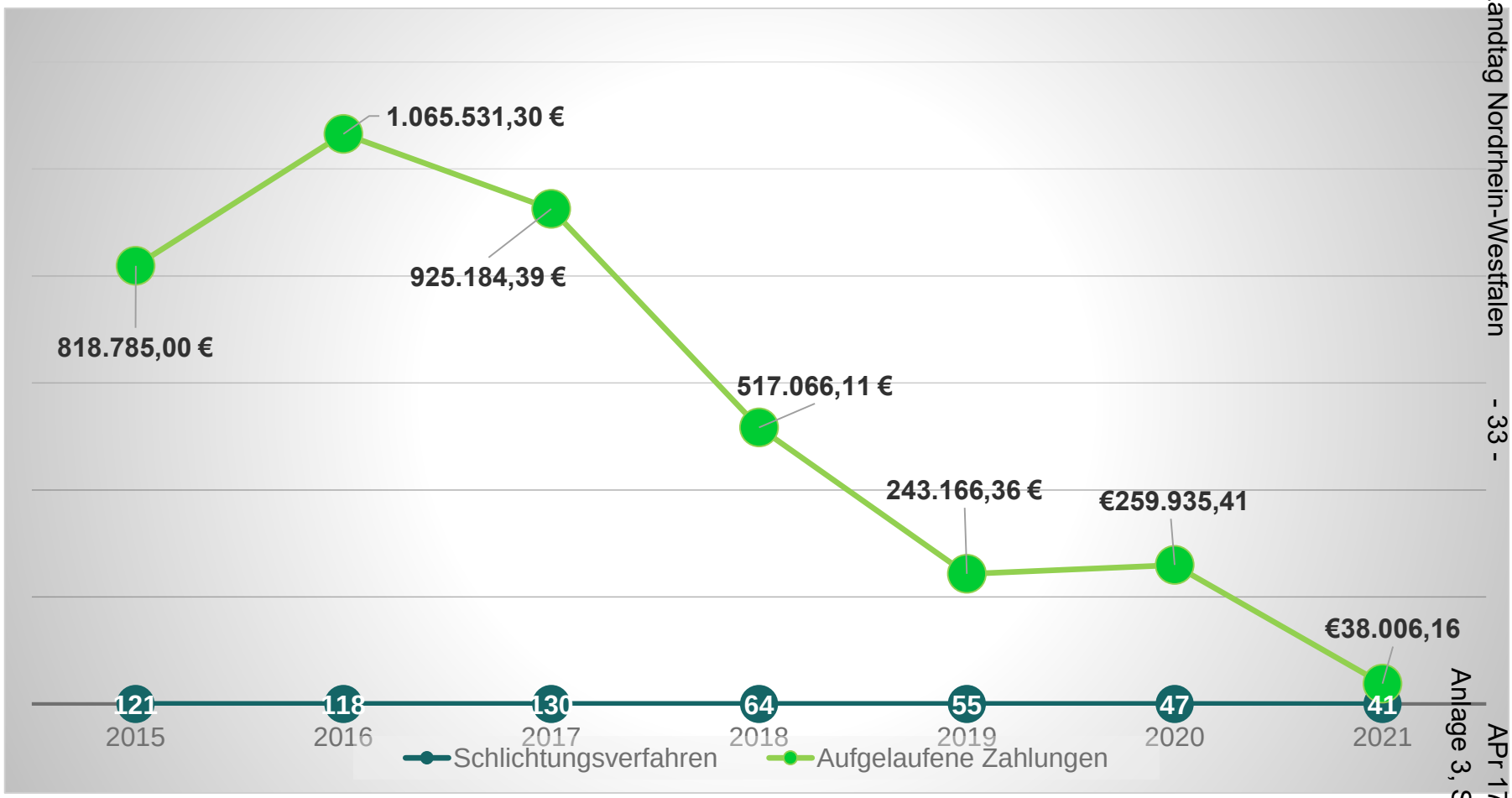
REGIONALVERBAND RUHR

Übersicht der Schlichtungsverfahren von 2015 - 2021



REGIONALVERBAND RUHR

Aufgelaufene Zahlungen der Bergwerksunternehmen



Von 2015 bis 2021 wurden insgesamt 3.867.674,73 € durch die drei BWU ausgezahlt.

REGIONALVERBAND RUHR

Gesamtübersicht 2015 bis 2021

	Gesamt	Zustimmung	Ablehnung	Aufgelaufene Zahlungen	Ø Verfahrens-dauer	Verfahren offen
2015	121	104	9	818.785,00 €	6 Monate	-
2016	118	104	10	1.065,531,30 €	5 Monate	-
2017	130	116	13	925.184,39 €	6 Monate	-
2018	64	58	4	517.066,11 €	3 Monate	-
2019	55	51	4	243.166,36 €	3 Monate	-
2020	47	40	7	259.935,41 €	5 Monate	-
2021	51	42[1]	8	38.006,16 €	X Monate [2]	18

[1] 1 Antrag wurde zurückgenommen
[2] Durch Corona-Pandemie keine Erfassung des Zeitraumes

REGIONALVERBAND RUHR

Gesamtübersicht EBV 2017 bis 2021

	Gesamt	Zustimmung	Ablehnung
2017	9	7	2
2018	3	3	0
2019	3	3	0
2020	6	5	1
2021	3	3	0
Gesamt	24	21	3

REGIONALVERBAND RUHR

Verfahrensbewertung

Ortstermin

Die Verlagerung vom Verhandlungstermin verstärkt zur Verhandlung im Rahmen eines Ortstermins ist seit 2015 in Abstimmung mit allen Verfahrensbeteiligten intensiv fortgeführt worden.

Jahr	Aktenzeichen*	Ortstermine**	Gutachten
2015	104	39	-
2016	104	42	-
2017	116	35	-
2018	58	15	28
2019	51	23	18
2020	47	20	14
2021	51	6	9

*Berücksichtigt wurden nur Schlichtungsverfahren, in denen die Zustimmung durch das BWU erfolgte.
**Ortstermin fand nicht zwingend in demselben Jahr statt, in dem der Antrag gestellt wurde.
Grund: Längere Verfahrensdauer durch Gutachterbeauftragung.

REGIONALVERBAND RUHR

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

REGIONALVERBAND RUHR

Geschäftsbericht der Schlichtungsstelle Braunkohle NRW

18.03.2022 – 10.00 Uhr

Sitzung Unterausschuss Bergbausicherheit des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

Agenda

1. Statistische Auswertung 2010 bis 2022
2. Verfahrensabschlüsse 2018 bis 2022
3. Lokale Verteilung angenommener Schlichtungsfälle
4. Verschiedenes

Statistische Auswertung
Gesamtübersicht 2010 bis 2022

Eingänge Gesamt	Positiv abgeschlossene Verfahren	Negativ Abgeschlossene Verfahren	Zurückgezogene Anträge	Offene Verfahren
258	101	80	55	22

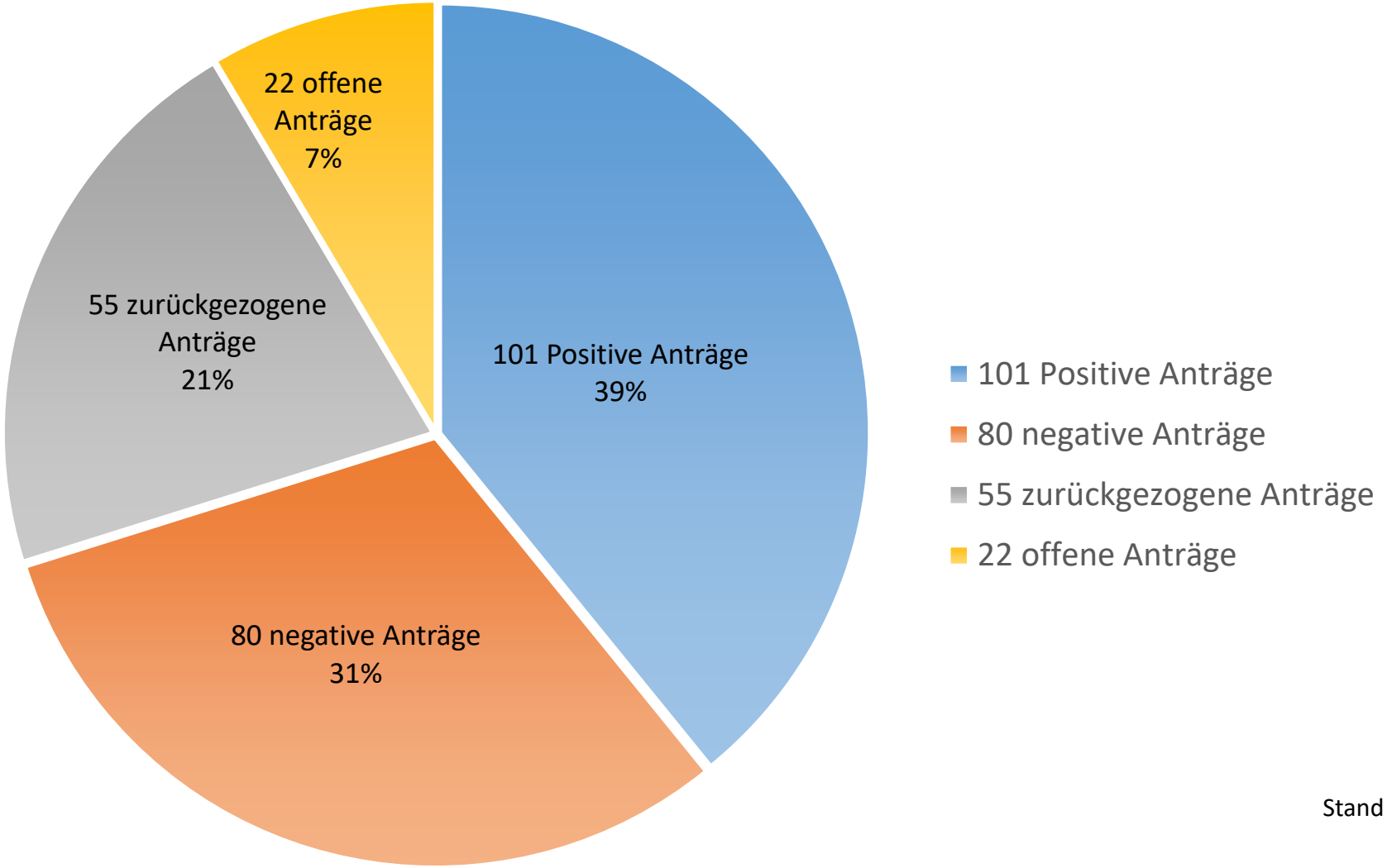
Stand 14.03.2022

Gesamtübersicht 2010 bis 2022

Jahr	Gesamt	Positiv	Negativ	zurückgezogen	offen
2010	6	4	2	0	0
2011	43	19	10	14	0
2012	38	20	6	12	0
2013	53	22	20	11	0
2014	19	3	8	8	0
2015	8	4	2	2	0
2016	16	5	8	3	0
2017	21	10	7	2	2
2018	15	5	7	1	2
2019	8	1	5	1	1
2020	18	7	4	1	6
2021	8	1	1	0	6
2022	5	0	0	0	5
Gesamt	258	101	80	55	22

Stand 14.03.2022

Schlichtungsstelle Braunkohle NRW Schlichtungsanträge 2010 bis 2022 insgesamt 258



Stand 14.03.2022

Verfahrensabschlüsse im Jahr 2018

2018 wurden **13** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 1 Verfahren aus 2014
- 1 Verfahren aus 2016
- 9 Verfahren aus 2017
- 2 Verfahren aus 2018

Stand 14.03.2022

Verfahrensabschlüsse im Jahr 2019

2019 wurden **20** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 1 Verfahren aus 2013
- 1 Verfahren aus 2014
- 1 Verfahren aus 2015
- 3 Verfahren aus 2016
- 2 Verfahren aus 2017
- 7 Verfahren aus 2018
- 5 Verfahren aus 2019

Stand 14.03.2022

Verfahrensabschlüsse im Jahr 2020

2020 wurden **24** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 5 Verfahren aus 2011
- 1 Verfahren aus 2012
- 3 Verfahren aus 2013
- 2 Verfahren aus 2014
- 1 Verfahren aus 2015
- 3 Verfahren aus 2017
- 3 Verfahren aus 2018
- 1 Verfahren aus 2019
- 5 Verfahren aus 2020

Stand 14.03.2022

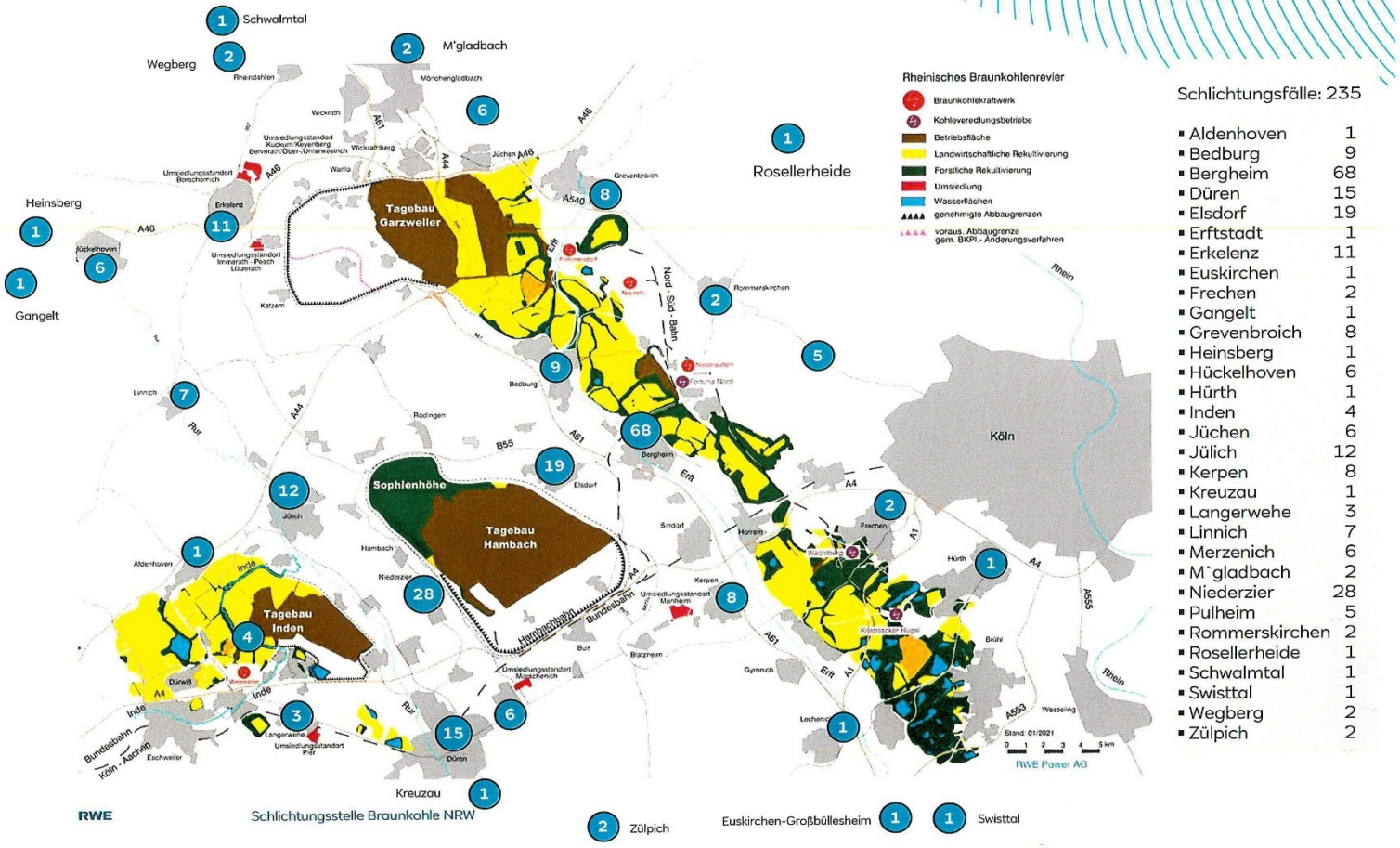
Verfahrensabschlüsse im Jahr 2021

2021 wurden **11** Verfahren abgeschlossen, und zwar

- 1 Verfahren aus 2014
- 1 Verfahren aus 2019
- 7 Verfahren aus 2020
- 2 Verfahren aus 2021

Stand 14.03.2022

Übersicht angenommener Schlichtungsfälle



Schlichtungsfälle: 235

Aldenhoven	1
Bedburg	9
Bergheim	68
Düren	15
Elsdorf	19
Erftstadt	1
Erkelenz	11
Euskirchen	1
Frechen	2
Gangelt	1
Grevenbroich	8
Heinsberg	1
Hückelhoven	6
Hürth	1
Inden	4
Jüchen	6
Jülich	12
Kerpen	8
Kreuzau	1
Langerwehe	3
Linnich	7
Merzenich	6
M`gladbach	2
Niederzier	28
Pulheim	5
Rommerskirchen	2
Rosellerheide	1
Schwalmtal	1
Swisttal	1
Wegberg	2
Zülpich	2

RWE Stand 2022

Verschiedenes

Stand 14.03.2022

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

Arno Bormann

Vorsitzender der Schlichtungsstelle Braunkohle NRW

Schloßstraße 20

41515 Grevenbroich

02181 – 6019002/6019003

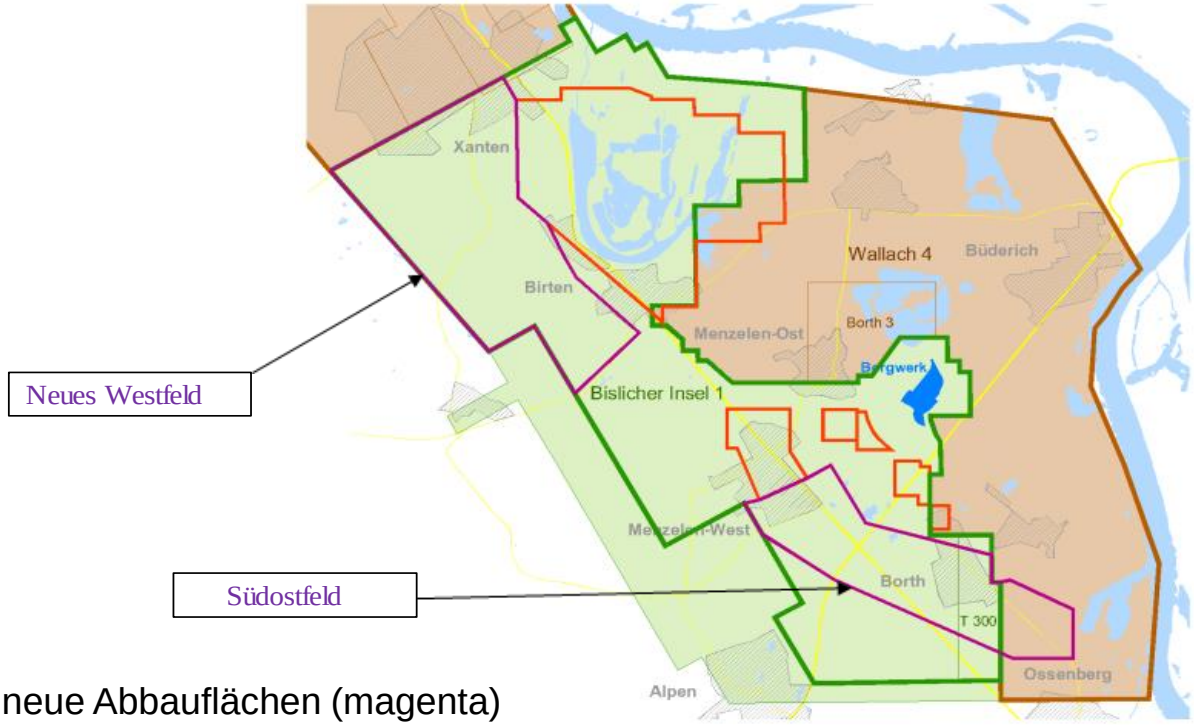
Bezirksregierung
Arnsberg

18. Sitzung des Unterausschusses Bergbausicherheit des Landtags NRW am 18.03.2022

TOP 8 – Rahmenbetriebsplanverfahren der Firma K+S in Rheinberg-Borth – Vorstellung der Abbaubetriebspläne und des weiteren Verfahrens

Gegenstand des aktuellen Rahmenbetriebsplans

Erweiterung des Abbaus auf dem Steinsalzbergwerk Borth um das „Neue Westfeld“ und das „Südostfeld“



neue Abbauflächen (magenta)
zugelassene Flächen (rot)

Quelle: K+S Minerals and Agriculture GmbH

Verfahren

- Rahmenbetriebsplanverfahren gemäß § 52 Absatz 2a BBergG in Form eines Planfeststellungsverfahrens mit Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sowie Öffentlichkeitsbeteiligung.

- Durchführung einer UVP ist verpflichtend, da die prognostizierten abbaubedingten Senkungen an der Tagesoberfläche mehr als drei Meter betragen.

Bisheriger Verfahrensverlauf

- Information der Bergbehörde über das beabsichtigte Erweiterungsvorhaben erfolgte mit Vorlage der Planerischen Mitteilung durch K+S im September 2019

- Scoping-Termin am 26. November 2019 unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, anerkannter Naturschutzverbände sowie Interessens-vertreter

  ➡ Erörterung des Untersuchungsrahmens für die zu erbringenden Angaben zur Durchführung der UVP

- Einreichen des Rahmenbetriebsplans mit Antrag auf Zulassung durch K+S am 17. Februar 2022

- Überprüfung des Antrags auf Vollständigkeit durch die Bergbehörde

Verfahrensstand

hier: TÖB-Beteiligung

- Beteiligung von 50 Trägern Öffentlicher Belange (TÖB) ist angelaufen, u. a. die betroffenen Städte bzw. Gemeinden (Stadt Rheinberg, Stadt Xanten, Gemeinde Alpen und die Gemeinde Sonsbeck).

  Die **Frist für die Stellungnahmen der TÖB** endet am **22.04.2022**.

  Es liegen Anträge zur **Fristverlängerung bis Anfang Juni** vor, denen **zugestimmt** worden ist.

- Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW e.V. wurde informiert.

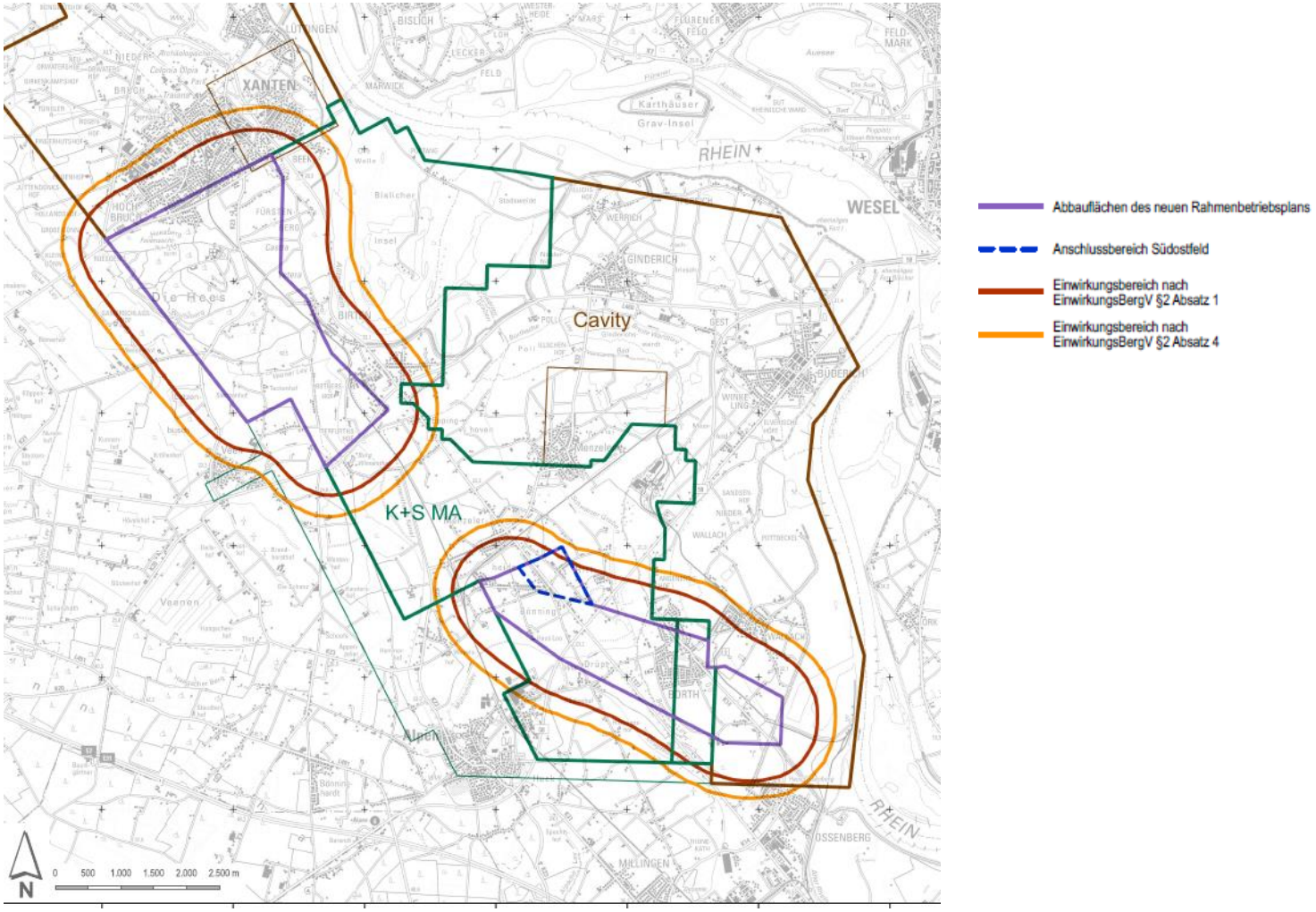
Verfahrensstand

hier: Auslegung

- Die **Auslegung** digital (Bekanntmachung und Antragsunterlagen) erfolgt vom **16. März bis zum 19. April 2022** auf
  - den Internetseiten der Bezirksregierung Arnsberg
    Planfeststellungsantrag zur Erweiterung der Gewinnungsflächen der K+S Minerals and Agriculture GmbH – 7. Änderungsanzeige zur Einsicht | Bezirksregierung Arnsberg (nrw.de)
  - UVP-Portal des Landes NRW
    https://www.uvp-verbund.de/trefferanzeige?docuuid=C4032509-3C9A-4BD4-A6A5-92A608F77122&plugid=/ingrid-group:ige-iplug-nw&docid=C4032509-3C9A-4BD4-A6A5-92A608F77122
- Parallel dazu werden die Antragsunterlagen physisch bei den betroffenen Städten bzw. Gemeinden ausgelegt.
- **Einwendungen** - auch auf elektronischem Weg - können bis zum **19. Mai 2022** erhoben werden.

Bodenbewegungen

hier: Einwirkungsbereiche



Quelle: K+S Minerals and Agriculture GmbH